

Sehr geehrter Professor Hensel, Herr Professor Wittkowski, Bundesminister Schmidt bzw. Frau Flachsbarth, Herr Dr. Url, Herr Gerig, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, meine Damen und Herren,

erstmal herzlichen Dank für die Einladung, anlässlich des 15-jährigen Jubiläums des Bundesinstituts für Risikobewertung hier zu reden.

Ich will mal ehrlich sagen, das macht natürlich alt. Vielleicht nicht Sie, aber mich, denke ich. Du gründest ein Institut und 15 Jahre später darfst du nochmal reden.

Ihnen, Herr Professor Hensel, Herr Professor Wittkowski, Ihnen allen möchte ich ganz herzlich zu diesem Jubiläum gratulieren. Das ist heute logischerweise Ihr Tag. Aber es ist am Ende natürlich auch ein Tag von Verbraucherinnen und Verbrauchern, denn Ihre Arbeit hat ein höheres Ziel. 15 Jahre Arbeit muss man auch unter deren Blickwinkel betrachten. Deshalb habe ich mir ein paar Dinge überlegt, davon ausgehend, dass Herr Professor Hensel mich nicht eingeladen hat im Glauben, ich hätte nur ein Glas Honig mitgebracht, um Ihnen selbigen um den Bart zu schmieren.

Vorhin hatte ich noch drei, jetzt habe ich vier Aussagen. Ich möchte einmal eine kurze Darstellung machen, warum und mit welchem Ziel ich als Bundesministerin das BfR gründen wollte. Ich möchte beschreiben, was meines Erachtens Verbraucherinnen und Verbraucher mit Recht von diesem Institut erwarten dürfen. Ich rede gerne bei Verbraucherinnen und Verbrauchern von Rechten. John F. Kennedy hat in seiner Rede am 15. März 1962, das wurde dann der internationale Verbrauchertag, klar gesagt, dass Verbraucher mit Rechten ausgestattete Teilnehmer am Wirtschaftsleben sind. Das Wirtschaftsleben wäre ja so wie Sie ohne Verbraucher nicht denkbar. An dritter Stelle ein Ausblick, was meiner Meinung nach noch weitere Weiterentwicklungsmöglichkeiten für das BfR wären.

Jetzt hatte ich gar nicht vor, direkt was zu Glyphosat zu sagen, mache ich auch nicht. Aber da alle über den letzten Montag reden, kann ich jetzt nicht anders als eins zu sagen: Was mich an diesem Montag erschüttert hat, war eigentlich etwas ganz anderes. Nicht darüber, dass ich im Verhältnis zu vielen anderen im Raum einer anderen Meinung bezüglich Glyphosat bin. Vielleicht habe ich auch eine breitere Betrachtungsweise, die gar nicht Ihr Arbeitsauftrag war. Was mich an dem Tag wirklich erschüttert hat, ist die Verletzung des Rechts. Das hat mit Ihnen als Institut gar nichts zu tun. Die Verletzung des Rechts, das fand ich ein trauriges Vorbild. Sie müssen sich an das Recht halten, sonst kriegen Sie Ärger. Die anderen müssen sich auch an das Recht halten. Und eigentlich habe ich mir nicht vorgestellt, dass in der Bundesrepublik Deutschland ein Mitglied der Bundesregierung einfach für sich alleine entscheidet und nicht mehr für die Bundesregierung. So, jetzt ist das raus.

Nun komme ich zur BSE-Krise und dem Startschuss für das Institut. Nicht zufällig im Jahr 2002, haben schon einige gesagt. Es war auch eine der Antworten auf die BSE-Krise. Ich habe mich damals zu dem Satz verstiegen: „Wir haben das Rind umzingelt.“ Ich gebe zu, ich bin in die Schweiz gefahren, weil die Schweizer damals auf freiwilliger Basis diejenigen waren, die schon selber proaktiv viel gemacht hatten. Und es war auch ein spannenderes Modell als das in Großbritannien, wo im Wesentlichen gekeult wurde. Wir sind also dorthin. Die haben übrigens zuerst gedacht, wie sie später sagten, als der Staatssekretär Alexander Müller, einige werden ihn noch kennen, da angerufen hat: „Guten Tag, ich rufe im Auftrag der neuen Bundesministerin Frau Künast an. Wir würden uns gerne mal mit Ihnen beraten.“ Da haben die gesagt: „Dürfen wir zurückrufen?“ Sie wissen warum. Die haben wahrscheinlich gedacht, das sei einer dieser Fernsehtricks. Aber wir haben da zwei wunderbar informative Tage erlebt, wo wir aus dem Haus uns mit nachgeordneten Behörden, mit Vertretern der Insel Riems gemeinsam auf einen aktuellen Stand gebracht haben. Das Rind also quasi umzingelt mit verschiedenen Überlegungen, das Tier von allen Seiten betrachtet und dann ist da natürlich rausgekommen, dass es noch mehr Entscheidungen gibt als die, die sich jetzt ganz konkret auf dieses Tier beziehen. Wissen Sie, ich bin 2001 in ein Ministerium gekommen, das lebte in einigen Bereichen von kollektivem Verdrängen.

Als im November 2000 das erste Tier positiv auf BSE getestet wurde, war das Entsetzen groß. Nicht nur im Ministerium, auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und vor allem bei den Landwirten. Auf der Basis schlechter Analyse und Leugnung, schlechtem Management, waren diejenigen, die einen massiven Einbruch ihrer wirtschaftlichen Betätigung erlebt haben. Spätestens da muss man sagen, sowas darf nicht passieren. Besonders, wenn man vor etwas steht wie die Kuh vor dem Scheunentor und es erkennen konnte, außer man wollte partout nicht.

Ich will an die Tierärztin Dr. Margrit Herbst erinnern; die hatte stets gewarnt, dass BSE in Deutschland logischerweise auch existieren müsse, wenn es an anderen Orten existiert. Sie hatte Maßnahmen eingefordert. Zu dem Zeitpunkt, November 2000, beim ersten positiven Test, war diese Frau schon seit sechs Jahren entlassen. Ich muss diesen Namen hier einfach nennen.

Zuvor hatte es auch Lebensmittelskandale gegeben. Aber ich glaube, die BSE-Krise hat bei den Menschen zu einem maximalen Vertrauensverlust in den gesundheitlichen Verbraucherschutz geführt. In die bis dahin offizielle Risikobewertung und in das Ministerium. Viele, die gesagt haben: „Da muss logisch was sein, wir müssen was tun“, hörten das Ministerium sagen: „Nein, das ist nicht so.“ Das war, glaube ich, im Landwirtschaftsministerium so und ein bisschen auch bei Gesundheit, die sich mit der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit auseinander setzen mussten. Das Vertrauen in die Politik und die dahinter stehende Wissenschaft stand auf dem Spiel, ob sie was dafür konnte oder nicht. Das war der Zeitpunkt für eine grundlegende Wende.

Mir ist damals durch Zufall so ein kleines Pfefferminzdöschen in die Hand gekommen. Da stand ein Spruch von Walt Whitman drauf: „Krisen meistert man am besten, indem man ihnen zuvorkommt.“ Das sind Sie als BfR und das BVL und noch dieser und jener. Aber das sind vor allem Sie, das institutionalisierte Prinzip: „Krisen meistert man am besten, indem man ihnen zuvorkommt.“

Wir machten uns auf den Weg, Regelungen für die gesamte Kette zu schaffen, weil wir ja sehen mussten, wo jeweils das Problem war. Bei BSE wussten wir es ja nicht. Wir haben aber erkannt, dass wir den ganzen Bereich auf den Prüfstand stellen müssen. Und dann kam logischerweise die strukturelle Veränderung. Nicht nur das Ministerium bekam einen neuen Namen, einen Neuzuschnitt, einen Paradigmenwechsel. Logischerweise musste auch die klare Trennung zwischen Risikobewertung und Risikomanagement folgen. Einer der wichtigsten institutionellen Schritte in dem Zeitrahmen. Der eine macht Risikobewertung und Kommunikation, das BVL verbessert die Zusammenarbeit und organisiert das Management und die Zusammenarbeit mit den Ländern und mit europäischen Einrichtungen. Das Ziel war es, unabhängig sein von jeglichen wirtschaftlichen Interessen, von politischem Einfluss, von den Anforderungen des Krisenmanagements. Also die Frage sollte nicht lauten: „Wie teuer ist das, wenn wir das umsetzen?“, sondern den Verbraucher schützen, nicht den Verbrauch, das war das darüberstehende Motto. Und ich bin froh, dass das Prinzip geblieben ist. Daran nicht gerüttelt wurde, trotz aller Differenzen in verschiedenen Punkten.

Und jetzt sind wir 15 Jahre danach. 15 Jahre – Herr Professor Hensel hat gesagt: „pubertierend“, ich sage, 15 Jahre ist aber gut, um eine Evaluierung zu machen. Sind die Ziele der Aufgabentrennung zu 150 % optimal oder 100-prozentig umgesetzt oder gibt es eine Aufgabe der Nachjustierung? Das sage ich nicht, weil ich Ihnen Böses will, sondern weil man ja nach einer gewissen Anzahl an Jahren sagt: „Was tun wir da und warum?“ Ich habe mich deshalb zu der Frage verstiegen, es mal aus dem Aspekt der Verbraucher anzusehen: Was müssen oder dürfen Verbraucherinnen und Verbraucher in einer globalisierten Welt von diesem Institut erwarten?

Ich denke, sie dürfen erwarten, dass sich das Bundesinstitut selber eben auch weiterentwickelt oder von denen, die von oben Geld und Personal geben müssen, evaluiert wird. Auch angesichts immer globalisierter Warenströme und Transportwege. Herr Professor Hensel hatte das in diesem kleinen Talk angesprochen. Es ist ja nicht nur so, dass wir etwas zu anderen bringen, sondern dass auch

Dinge (Personen, Bakterien, Viren, Krankheiten) bei uns landen, neue Wirkstoffe auftauchen oder wir neue Erkenntnisse über Gefahren, über Wirkstoffe gewinnen. Und wir haben natürlich im Laufe der 15 Jahre neue Testmethoden. Natürlich werden dann Grenzwerte neu diskutiert. Nicht zu vergessen den Zusammenhang! Wenn man evaluiert, macht man das natürlich mit dem Ziel, tatsächengestützt auch durch die eigene Arbeit Vertrauen zu generieren.

Was ist nötig, um dieses Vertrauen, was ja bei BSE ganz unten war und mehr erschüttert war als bei Glykol im Wein, wiederzugewinnen? Was macht man eigentlich, um dieses Vertrauen zu halten, weiterzuentwickeln? Drei Aspekte. Ich glaube, erstens logischerweise durch wissenschaftliche Exzellenz. Wenn der Minister hier sitzen würde, würde ich ihm oder dem/der zukünftigen Minister/in sagen, dass dazu natürlich eine notwendige Ausstattung gehört, weltweite Vernetzungsmöglichkeiten mit der Wissenschaft, um tatsächlich Risikobewertung auf globalem Spitzenniveau zu ermöglichen. Zumal ich der festen Überzeugung bin, dass Risikobewertung eigentlich schwieriger ist, als ein neues Produkt zu entwickeln. Sie müssen bei einer Risikobewertung viel mehr Aspekte miteinbeziehen als der oder die, die ein neues Produkt entwickelt.

Zweitens Verlässlichkeit. Gehört zwingend zu einem hohen Vertrauen. Das heißt, Risikobewertung muss in jedem Einzelfall unter Beweis stellen, dass die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihre Gesundheit an erster Stelle stehen. Diese Unabhängigkeit muss man natürlich immer wieder beweisen.

Und drittens Integrität. Das ist vielleicht der schwierigste Begriff, am schwierigsten zu fassende Begriff. Der ist für mich untrennbar mit Transparenz verbunden, weil Verbraucherinnen und Verbraucher einer Blackbox gar nicht vertrauen können. Dazu braucht man gar nicht Social Media, das klappt auch im analogen Leben, Herr Gerig. Aber die eigene Integrität kann man nicht selber ausrufen. Die erreicht man übrigens auch nicht, indem man sagt: „Gewisse Kreise führen immer Kampagnen oder haben Interessen.“ Ich glaube, eigene Integrität ist immer tatsächengestützt und geht auch damit einher, dass man einfach gnadenlos neutral ist als Institut.

Vertrauen fällt also nicht vom Himmel, muss stets hart erarbeitet werden. Wenn ich gemein wäre, würde ich sagen: „Warum soll es Ihnen im Institut besser gehen als uns in der Politik?“ Was allerdings sehr unschön ist, wenn tatsächlich für Entscheidungen, die anderen nicht passen, es soweit geht, dass es sogar Morddrohungen gibt. Da spätestens verdienen Sie unseren Schutz. Da ist ja ein Unterschied zwischen der Tatsache, dass man so angegangen wird, und der Tatsache, dass in einem demokratischen Land mit harten Bandagen diskutiert wird. Das sind immer zwei verschiedene Sachen. Wirklich zwei verschiedene Sachen.

Welche Fragen stellen sich eigentlich die Verbraucherinnen und Verbraucher im Detail, meine Damen und Herren? Wenn sie zum Beispiel auf Lebensmittel schauen. Ich könnte auch viele andere Themen geben, aber solange darf ich gar nicht reden. Also sie fragen sich natürlich: Welche Auswirkungen auf unsere Gesundheit haben Pestizide oder die Chemie-Cocktails, die wir regelmäßig zu uns nehmen, die uns in unserer Umgebung umkreisen? Sind meine konkret gekauften Lebensmittel frei von Chemie oder Schadstoffen? Werden meine Lebensmittel ausreichend überprüft, bevor sie in der Ladentheke sind, die ganze Kette betrachtet? Werden überhaupt Risiken zeitnah bewertet, erkannt und öffentlich gemacht? Und wie ist es eigentlich mit der Suche, der Kapazität für eine Suche nach Gefahren, die der einzelne Bürger noch gar nicht kennt, Sie als Institut aber schon ahnen? Das alles kann man mit dem Begriff Risikogesellschaft beschreiben, dem Begriff von Ulrich Beck. Und wenn wir aktuellen Diskussionen folgen, sehen wir einen noch breiteren Blickwinkel, der eigentlich auch in Ihrer Zuständigkeit bewegt werden sollte. Da findet sich das Thema Ressourcenverbrauch und damit die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft selbst. Also die, die unsere Ernährung sichern sollen und deshalb ohne Wenn und Aber unsere Lebensgrundlagen erhalten sollten sowie eigene Ressourcen, um weiter Lebensmittel zu produzieren. Sie sind ja mittlerweile in einer Diskussion, in

der es darum geht, ob sie nicht in ihrer Art und Weise selber Risiko für ihre Grundlagen sind. Wir wissen das alle: Boden, Wasser, Luft sind belastet.

Meine Damen und Herren, was ich meine, ist, dass diese kritischen Blicke und Fragen eigentlich der Vorteil in unserem Land sind. Da ist immer was in Bewegung und es wird nachgefragt. Manche Dinge entwickeln sich eben erst und nur, wenn es unbequeme Nachfrager gibt. Und deshalb finde ich gar nicht, dass die sogenannten „ewig kritischen gesellschaftlichen Kräfte“, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, Dinge hinterfragen, das Problem sind. Sondern ich glaube, dass die Frage, die hinter allem steckt, Herr Hensel hat sie vorhin auch hier angesprochen, die Globalisierung und die Warenströme sind.

Natürlich haben die Menschen das Recht zu wissen: Sind das gesunde, sichere Lebensmittel? Wie wurden die produziert? Und wenn sie was kaufen, denken sie im Übrigen nicht nur an ihre eigene Gesundheit und die ihrer Kinder, sie fragen auch, ob auf der ganzen Strecke der Produktion an irgendeiner dieser Stellen andere Menschen gefährdet sind oder waren. Ich möchte hinzufügen, ich liebe das Wort vorsorgender Verbraucherschutz und finde, das sollte in allen Facetten seinen Eingang finden.

Meine Damen und Herren, bei allen politischen Wechseln der letzten Jahre: Ihre bedeutsame Aufgabe hatte weiter Bestand und wird das auch in Zukunft haben, logischerweise. Sie sind also die, die Risiken finden, bewerten, umfassend erkennen. Und die Frage für diese Evaluierung ist, die ich Ihnen fast zurückgebe, was sagen Sie eigentlich selber bezüglich der Frage: „Wohin wollen wir uns weiterentwickeln? Was braucht es, um in Zukunft auch gute Arbeit zu machen?“

Ich mache Ihnen zwei Vorschläge. Ich will gar keine sofortige Reaktion, ich würde mich nur freuen, wenn Sie darüber nachdenken. Ich glaube, das BfR könnte schlicht und einfach sagen: „Für die nächsten 15 Jahre wollen wir nicht nur international anerkannt sein, sondern wir wollen eine Art Leuchtturm und Modell werden.“ Leuchtturm und Modell für unabdingbare Unabhängigkeit. Selber an einem „Code of Compliance“ schreiben, der rechtlich verbindlich ist. Um zu definieren: Was ist unser Prüfgelwerk? Unbedingte Transparenz bei den verwendeten Studien und Gutachten fordern. Sie haben ja gesagt, dass Ihre Bewertungen transparent sind. Ich sage aber bei den verwendeten Studien und Gutachten – das haben Sie natürlich rechtlich nicht selber in der Hand – fehlt Transparenz doch offensichtlich. Aber es wäre klug, zu fordern. Es wird nur wissenschaftliches Material benutzt, das öffentlich zugänglich, einsehbar und deshalb auch einschätzbar ist.

Wissen Sie, als ich Jura studiert habe, da kam gerade das Aarhus-Abkommen und dann ein Umweltinformationsgesetz. Bis dahin haben wir noch gesagt: „Die Akten gehören dem Staat und nicht den Bürgern.“ Über das sind wir doch wohl Jahrzehnte hinaus. Ich finde, dass in der Wissenschaft die Regeln, die Ihnen gesetzt werden, jetzt an der Stelle auch geändert werden müssen. Die Ergebnisse können nur dann umfassend und frühzeitig mit der Gesellschaft zusammen diskutiert und kommuniziert werden. Vor allem können dann auch Beschränkungen, die es beim Design der Studien gibt, die bei Ihnen eingereicht werden und die Sie verwenden müssen, Erkenntnislücken, Beschränkungen, Engführungen beim Studiendesign öffentlich diskutiert werden. Das ist ja nicht allein Ihre Aufgabe. Natürlich möchte ich, dass die europäische Zusammenarbeit in der Risikobewertung weitergeht und dass die Auftragsstellung, die Fragen breiter formuliert werden. Das haben wir in anderen Bereichen ja auch, dass wir den Kontext, den Gesamtkonsum und die Exposition ins Auge nehmen, meine Damen und Herren.

In meiner Rede zur Amtseinführung habe ich ja mit dem Zitat von Ulrich Beck begonnen. Das war die Amtseinführung von Herrn Professor Hensel am 20. Mai 2003. Das Zitat lautete: „Es gibt keinen besseren Humus für Risiken als deren Leugnung.“ Anders gesagt: Wenn Menschen oder eine kritische Öffentlichkeit Fragen stellen, dann kommt man denen am besten bei, indem man offen und transparent und komplett kommunizieren kann. Fühlen Sie sich frei. Es wurde gesagt: „ein

unabhängiges Institut“. Auch von politischen Weisungen. Fühlen Sie sich frei, Sie sind ja frei. Sie sind übrigens auch frei, den bisher gesetzten Rahmen zu sprengen. Wäre ja mal gut herauszufinden, wenn ein Institut anfängt, so richtig eigene Wege zu gehen, was dann passiert. Dann können Sie Ihre Freiheit austesten.

Sie arbeiten natürlich im EU-Kontext und der EU-Kontext gibt Ihnen einen Rahmen. Warum also nicht Speerspitze sein und als Bundesinstitut sagen: „Wir wollen ein neues Zulassungsverfahren für Pestizide.“ Die EU-Kommission auffordern, einen neuen Vorschlag für das Zulassungsverfahren im Rahmen des REFIT-Prozesses vorzulegen. Maximale Transparenz, intersubjektive Nachvollziehbarkeit durch öffentlichen Zugang zu Design, Durchführung, Ergebnissen, Bewertung und Finanzierung der beigebrachten Studien. Oder zu sagen: „Warum haben wir nicht mehr herstellerunabhängige Zulassungsstudien?“ Die eigene Unabhängigkeit nochmal bekräftigen, indem man sagt: „Wieso darf sich der Antragssteller eigentlich aussuchen, welches Amt bewerten soll?“ Und tatsächlich zu sagen, gesundheitliche und ökologisch breite Risikoabschätzung, Wechselwirkungen sollten eigentlich in die Verfahren mit reingehören. Wäre eine Variante für Sie.

Die zweite Variante wäre, da muss ich jetzt ein Wort zu dem Monsanto-Paper sagen. Ich hätte mir gewünscht, oder vielleicht habe ich es auch nur geträumt, dass ein Bundesinstitut dann zwischendurch einfach sagt: „Wir wollen dieses Material aus den Gerichtsverfahren haben.“ In den USA ist es ja so, dass man zu Beginn eines Pretrials, eines Verfahrens, sich Unterlagen und Akten als Kläger besorgen darf. Da gibt es einige, die klagen, weil sie behaupten, dass sie durch den Umgang mit Roundup dies Hodgkin-Lymphom bekommen haben. Die Anwälte haben Material rausgeholt. Das Material macht zwei Dinge. Es behauptet Einflussnahmen. Es sagt, dass es zu eng geführte Studien gibt, teilweise nicht bei den aktiven Wirkstoffen, sondern bei den anderen Stoffen, die in der Rezeptur von Roundup sind. Dass es dazu keine hinreichenden Studien gab. Also ein Bundesinstitut könnte auch jenseits eines konkret gestellten Auftrags sagen: „Guten Tag, hier sind wir, wir besorgen uns dieses Material und wollen und werden es öffentlich auch bewerten.“ Ich verspreche, ich würde auch das Ergebnis aushalten.

Also, meine Damen und Herren, wie gesagt, Sie haben mich nicht eingeladen, um ein Glas Honig mitzubringen, obwohl ich bei mir in Charlottenburg Bienen auf dem Dach habe. Also meinen Beitrag leiste. Ich gebe zu, nach meinen Ausführungen werden Ihre Aufgaben, glaube ich, noch schwieriger, die des Bundesinstituts erscheinen noch schwieriger. Aber lassen Sie mich mal ganz salopp sagen: „Die einfachen Jobs sind schon vergeben.“ Und Sie alle haben sich nicht für die einfachen, sondern für die schwierigeren Jobs und Aufgaben entschieden. Sie haben eine herausragende verantwortungsvolle Aufgabe gewählt. Ich wünsche Ihnen dafür eine gute Hand und eine schöne Jubiläumsfeier.